



# BASELBIETER FREISINN

Baselland	2/3/4/5/6/7/8	Unter Freisinnigen	12	Privatsphärenschutzinitiative	18	Wahlen 2015	22
Pauschalbesteuerung	10	Keulenpolitik	15	Tag der FDP	20/21	Jungfreisinnige	23

3. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen Baselland

## Inhalt

### Abstimmungen vom 30. November



Kein Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz: Die FDP erteilt den schädlichen Vorlagen eine klare Absage. NEIN zu Ecopop! NEIN zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung! NEIN zur Goldinitiative!

Seiten 9 und 10

### Keulenpolitik

Wie merkt man, dass bald Wahlen sind? Verschiedene Politiker packen die verbale Keule aus und schlagen damit kräftig um sich. Philipp Müller über Nazi-, Faschismus- und Moralkeulen und warum diese kein Mittel für konstruktive Lösungen sind.

Seite 15

### Prix de Genève

Bundespräsident Didier Burkhalter wurde eine besondere Ehre zuteil: Für seine Verdienste um das internationale Genf wurde er mit dem «Prix de la Fondation pour Genève» ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand im Palais des Nations der UNO statt.

Seite 17

## «Packen wir's an!»

### Geschätzte Parteikolleginnen und Parteikollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Das Baselbiet hat entschieden: Wir bleiben selbstständig. Dies mit einer Deutlichkeit, die kaum jemand so erwartet hat. Für mich ist das ein durchaus selbstbewusstes (Ausrufe-)Zeichen eines Kantons, der aus eigener Kraft die anstehenden Herausforderungen meistern kann und will. Dieses Resultat ist deshalb auch für uns als Partei Aufforderung und Ansporn zugleich, mit grossem Engagement gute Lösungen fürs Baselbiet vorzubringen und mitzugestalten.

Am 8. Februar 2015 werden die Politikerinnen und Politiker für diese anstehenden Aufgaben gewählt. Auf Regierungsebene haben wir mit der bürgerlichen Allianz bereits ein starkes Zeichen gesetzt und dürfen neben Regierungsrat Thomas Weber und Regierungsrat Anton Lauber mit den zwei FDP-Kandidatinnen Sabine Pegoraro (bisher) und Monika Gschwind (neu) ins Rennen steigen. Wir streben selbstbewusst den vierten Regierungsratssitz an, weil wir überzeugt sind, dass das Baselbiet nur mit guter bürgerlicher Politik zurück in die Erfolgspur findet.

Aber auch im Landrat wollen wir zulegen und die FDP-Fraktion vergrössern. Dies gelingt uns, wenn wir im ganzen Kanton zeigen, dass wir mit

90 kompetenten und sympathischen Landratskandidierenden auftreten. Das Wahlkampfteam hat ein überzeugendes Konzept erarbeitet, welches vom visuellen Erscheinungsbild bis zur thematischen Grundlagenarbeit alles beinhaltet. Mit «nur» gut aussehenden Kandidierenden ist es nicht getan, sondern verständliche, klare Inhalte und Botschaften sind gefragt.

Mit fünf Themenschwerpunkten werden wir diesen Wahl-Herbst bzw. -Winter bestreiten. Ein erster Schwerpunkt ist die Finanzpolitik, die uns in den kommenden Jahren auf kommunaler und kantonaler Ebene weiterhin stark beschäftigen wird. Damit eng verbunden sind zweitens die erforderlichen Weichenstellungen im Bereich der Wirtschaftspolitik. Einen dritten Themenschwerpunkt setzen wir bei der Verkehrsinfrastruktur, die jedermanns Geduld im Alltag arg strapaziert. Gerade in diesem Bereich ist die Politik gefordert, mit kantonsübergreifenden Lösungsvorschlägen den Weg zu weisen. Ein ganz anderer Schauplatz ist der vierte Schwerpunkt, die Energiepolitik. Was früher noch als visionär galt, ist heute Norm, nämlich die nachhaltige Ausgestaltung unserer energiepolitischen Rahmenbedingungen. Dabei ist kein Hellseher, wer voraussieht, dass der schwierige Spagat zwischen Wünschbarem und Finanzierbarem nach pragmatischen (FDP-)Lösungen verlangt. Das



fünfte und letzte grosse Aktionsfeld auf unserer Themenliste im Wahlkampf ist die Bildungspolitik. Die lange SP-Ära sollte mit dem Rücktritt von Regierungsrat Urs Wüthrich enden. Es ist für die Bildungsdirektion eine Chance, unter bürgerlicher Führung die Chaostage zu beenden, die zu vielen Bildungsreformen zu konsolidieren und die Lehrerschaft wieder ins Boot zu bringen. Zugegeben, auch für einen bürgerlichen Regierungsrat oder eine bürgerliche Regierungsrätin wird dies kein Spaziergang werden. Zu viele Reformen, zu viele Meinungen und zu viele Protagonisten haben in den letzten Jahren am Tuch der Bildung herumgezerrt. Doch ich bin überzeugt, mit bürgerlichen Rezepten, pragmatischen Lösungsansätzen und schlanken Strukturen ist viel zu bewirken. Manchmal ist weniger eben doch mehr. Ich freue mich auf den Wahlkampf – packen wir's an.

**Freisinnige Grüsse**  
**Christine Frey**

# Die fünf Themenschwerpunkte

Die FDP Baselland hat die Schwerpunktthemen für den Wahlkampf definiert und zusammen mit den entsprechenden Gremien Positionspapiere mit konkreten Forderungen verfasst und verabschiedet. Folgende fünf Schwerpunktthemen prägen den Wahlkampf der FDP.

## Wirtschaftspolitik



Die Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und für mehr Wohlstand sind optimale Rahmenbedingungen für Unternehmen und Bevölkerung. Dazu gehören unter anderem eine investitions- und innovationsfreundlich ausgestaltete Steuerpolitik, eine gut ausgebaute Infrastruktur sowie ein erstklassiges Bildungsangebot und somit die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften. Ausserdem gilt es, das Leistungsprinzip auf allen Ebenen sicherzustellen: Leistung muss sich für Unternehmen, Arbeitnehmer und Sozialleistungsempfänger lohnen. Nur so gewinnt der Mittelstand. Die FDP will optimale Rahmenbedingungen schaffen, um das Wirtschaftswachstum voranzutreiben.

te Ausgabenpolitik und die Fokussierung der Verwaltung auf ihre Kernaufgaben sind dabei zentrale Punkte. Nur mit gesunden Finanzen kann der Kanton zukunftsgerichtete Investitionen tätigen. Die FDP fordert deshalb, dass bis spätestens Ende 2016 eine kantonale Schuldenbremse nach Vorbild der eidgenössischen Schuldenbremse eingeführt und dass periodisch eine Aufgabenüberprüfung durchgeführt wird. Die Kantonsverwaltung muss sich auf ihre Kernaufgaben fokussieren – mit dem Ziel einer Verschlinkung der Verwaltung. Es muss ausserdem eine langfristige Investitionsplanung an die Hand genommen werden, mit der wahrnehmbaren Absicht, den Handlungsspielraum des Kantons für intelligente, richtig priorisierte Investitionen zu vergrössern. Nur eine Steigerung der Standortattraktivität führt zu mehr Steuersubstrat. Die FDP setzt sich für gesunde Kantonsfinanzen und gegen steigende Ausgaben ein.

und Wohnlagen zu sichern, braucht es eine vorausschauende und pragmatische Verkehrspolitik. Neben dem Strassenverkehr braucht es auch eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs als echte und leistungsfähige Alternative für Pendler. So soll beispielsweise ein kantonales Park-and-Ride-Konzept erstellt werden, das genügend Parkmöglichkeiten in der Nähe grosser Haltestellen an wichtigen Einfallachsen vorsieht. Nur auf diese Weise können die Menschen zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr bewegt werden. Mit Blick auf die Wirtschaftsoffensive sollen für investitionsbereite Unternehmen strategische Entwicklungsgebiete infrastrukturellmässig erstklassig erschlossen werden. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur im Kanton erhalten bleibt und, wo nötig, gesteigert wird.

## Steuer- und Finanzpolitik



Der Kanton Basel-Landschaft ist nur handlungsfähig mit gesunden Finanzen. Eine kostenbewuss-

## Verkehrspolitik



Eine leistungsfähige Mobilitätsinfrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg unseres Wirtschaftsstandortes. Deshalb soll ein gezielter Infrastrukturausbau forciert werden – dies gilt sowohl für die Erschliessung wichtiger Entwicklungsareale als auch für die Hauptachsen unserer Verkehrsinfrastruktur. Die Region Basel besitzt durch die Verfügbarkeit der vier wichtigsten Verkehrsträger (Strasse, Schiene, Wasser, Luft) einen einzigartigen Standortvorteil, den es auf allen Ebenen konsequent zu nutzen gilt. Um auch in Zukunft die gute Erreichbarkeit von Wirtschaftsstandorten

## Energiepolitik



Im Bereich der Energieeffizienz von Gebäuden hat der Kanton Basel-Landschaft aufgrund der verfassungsrechtlichen Aufgabenteilung den grössten Handlungsspielraum. Im Vordergrund stehen dabei Anreize zur Sanierung des Gebäudeparks, wie sie das Baselbieter Energiepaket bereits beispielhaft schafft. Dieses ergänzt das nationale Gebäudeprogramm auf sinnvolle Weise. Die kantonalen Fördergelder sollen dort eingesetzt werden, wo pro investierten Franken die grösste Wirkung punkto

Fortsetzung auf Seite 3

## Fortsetzung von Seite 2

Energieeffizienz und Reduktion des Verbrauchs nicht erneuerbarer Energien erzielt werden kann. Ausserdem sollen Doppelspurigkeiten von kommunalen, kantonalen und nationalen Massnahmen und Förderprojekten beseitigt werden. Auch für die Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind stabile energiepolitische Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit zu gewährleisten. Weitere Regulierungen in diesem Bereich werden abgelehnt. Die FDP will klare und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen im Energiebereich schaffen. Sie setzt sich ein für Energieeffizienz und gegen falsche Subventionspolitik.

## ■ Bildungspolitik



Die Schweiz und der Kanton Basel-Landschaft haben ein gutes und erfolgreiches Bildungssystem, das es zu bewahren und zu optimieren gilt. Die Bildungsqualität soll wieder im Zentrum der Bildungspolitik stehen. Deshalb ist es wichtig, die vielen angestossenen Reformen rasch zu konsolidieren. Die Bildungsbürokratie und die Bildungsverwaltung im Kanton Basel-Landschaft sollen abgebaut und der Bildungsfranken wieder direkt in die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler investiert werden. Auch die Lehrerausbildung soll wieder vermehrt praxisnah ausgebildete Lehrpersonen hervorbringen. Jede Erhöhung des Bildungsbudgets soll zwingend eine Qualitätssteigerung zur Folge haben. Die Qualität des Bildungsangebots soll auf einem hohen Niveau weitergeführt werden – unter ebenso hoher Leistungsbereitschaft aller Beteiligten. Die FDP setzt sich dafür ein, dass das Bildungssystem laufend verbessert und an die Erfordernisse der Praxis angepasst wird. Spitzenuniversitäten und die duale Berufsbildung mit den Fachhochschulen sollen sich optimal ergänzen.

■ [www.fdp-bl.ch](http://www.fdp-bl.ch)

# Einschätzungen aus dem Landrat Baselland

Hand aufs Herz: Wann haben Sie sich das letzte Mal darüber gewundert oder sogar geärgert, wie der Landrat in einer Frage entschieden hat? Mir selber geht es in dieser Legislatur leider des Öfteren so.

**Rolf Richterich,**  
Fraktionspräsident,  
FDP Laufen

Ein Parlament ist per Definition die Volksvertretung. Das Wahlgesetz sollte dafür sorgen, dass die Volksvertreterinnen und Volksvertreter möglichst gut nach Wahlbezirken und Wahlregionen sowie den Parteistärken bestimmt werden. In letzter Zeit häufen sich aber Anzeichen, dass sich der Landrat vom Stimmvolk entfernt. So wurden relativ deutliche Entscheide des Landrats vom Volk gekippt oder nur mit hauchdünner Mehrheit gutgeheissen: Entlastungsrahmengesetz, Subvention Theater Basel, Projektierungskredit Sammlungszentrum Augusta Raurica, Pensionskassensanierung BLPK und zuletzt gerade die Fusionsabstimmung und der Vermögensverzehr.

### Ursachen

Mir fallen einige Punkte auf: Zunehmend bestimmt die Interessenpolitik die politische Haltung. Diese Tendenz ist gerade in der Mitte und bei den Grünen erkennbar. Starke bürgerliche Stimmen sind abgetreten und wurden durch neue ersetzt, deren Kompass nicht so stabil ausgerichtet ist. Das heterogene Bild der BDP/GLP hatte ich das letzte Mal ja bereits beschrieben. Bleiben noch die Grünen mit ihren Flügelkämpfen gegen die wirtschaftlich denkenden Realpolitiker, wobei am Schluss meist der linke Ansatz obsiegt.

Hinzu kommt, dass in den Kommissionen die relevanten



Rolf Richterich

politischen Fragen zu wenig gründlich behandelt werden. So kam es vermehrt vor, dass Geschäfte zurückgewiesen worden sind, oder im Landrat eine in der Kommission nicht behandelte Frage die Stimmung kippen liess. Gerade durch die instabilere Lage im Landrat müssten die Kommissionen auch politisch unbequeme Fragen fundiert behandeln, anstatt sie arrogant zu übergehen.

### Die Rolle der FDP

Vor allem die FDP hat sich im Landrat bei den erwähnten Volksabstimmungen im Sinne des bürgerlichen Stimmvolks vehement und meist einstimmig für eine liberale freisinnige Haltung eingesetzt. Vielfach konnten wir da-

mit ein Mehrfaches der Stimmen holen, die uns nach dem Wähleranteil der letzten Landratswahlen eigentlich entsprechen würden. Insofern blicke ich den Wahlen 2015 deutlich optimistischer entgegen als noch vor vier Jahren. Damit Sie von unserem Wirken im Landrat ohne Filter der Medien informiert sind, werden wir Sie künftig wieder aus erster Hand bedienen. Jeweils am Ende der Landratssitzung werden wir Ihnen einen Fraktions-Newsletter mit den wichtigsten Punkten aus der Debatte zustellen.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung. Mein Wahlspruch: Gemeinsam finden wir zu alter (auch numerischer) Stärke zurück.

# Landratskandidatinnen und -kandidaten 2015

Im Baselbieter Landratssaal stehen 90 Stühle für die nächste Landratsgeneration zur Verfügung. Die FDP wird über den ganzen Kanton mit 90 Landratskandidierenden in den Wahlkampf steigen. Mit Stolz präsentieren wir Ihnen hier die Fotogalerie unserer Kandidatinnen und Kandidaten.

## Gelterkinden



Stefan Degen Michael Herrmann Reto Schneeberger Christian Tanner Lukas Zimmermann Daniela Zumoberhaus

## Liestal



Roger Ballmer Raphael Buchbauer Thomas Eugster Karin Jeitziner Heinz Lerf Natalie Mundwiler Daniela Reichenstein Roman Zeller Bernhard Zollinger

## Münchenstein



Dominic Degen Johannes Felchlin Christine Frey Sandra Guex Pascal Leumann David Meier Balz Stüchelberger

## Muttenz



Jürg Bolliger Christof Hiltmann Katja Iseli Werner Lüthi Roland M. Müller Irena Roth Roland Schacher Bénédict Schmassmann Daniel Schneider

## Reinach



Jacqueline Bader Rüedi Rolf Blatter Sabrina Häring Marianne Hollinger Roger Leu Cristian Manganiello Astrid Marty Gerda Massüger Orlando Meyer Otto Rudin

# Landratskandidatinnen und -kandidaten 2015

## Sissach



Hanspeter Bieri Marco Born Bernhard Fischer Daniele Rocca Saskia Schenker Thomas Schwab

## Waldenburg



Mehmet Altay Daniel Ballmer Stephan Bär Hanspeter Dill Monica Gschwind Andrea Kaufmann

## Allschwil



Rahel Balsiger Sonjic Andreas Bärtsch Markus Gruber Bernard-Marc Hug Martin Münch Kathrin Schaltenbrand Jürg Vogt

## Oberwil



Dieter Bolliger Andrea Busam-Florio Dominik Caviezel Andreas Dürr Andreas Eugster Paul R. Hofer Tycho Leifels Philipp A. Olah Gabriela Schmidt

## Pratteln



Stephan Burgunder Christoph Buser Paul Dalcher Ruth Janzi Ralf Marty Roman Schneider Andreas Seiler Thomas Sollberger

## Binningen



Eva-Maria Bonetti Anita Eichenberger Beat Flury Sven Inäbnit Andrea Kromer Manuel Mohler Marc Schinzel

Porträt

# Die beiden Regierungsrätinnen

## Monica Gschwind

Monica Gschwind ist seit dem Jahr 2000 Gemeinderätin der Oberbaselbieter Gemeinde Hölstein. Dort hat sie das Departement Öffentliche Sicherheit, die Gemeindelienschaften und den Wärmeverbund betreut. Seit 2012 ist sie als Gemeindepräsidentin für Finanzen, Personal, Gemeindeverwaltung, Standort-/Wirtschaftsförderung und den Friedhof zuständig.

Geboren wurde Monica Gschwind 1963 in Luzern. Sowohl ihre Schulzeit als auch ihre Ausbildung an der Handelsschule hat sie in der Zentralschweiz absolviert. 1985 ist sie nach Binningen gezogen und hat ihre berufliche Ausbildung bei der KMPG Fides Peat in Angriff genommen, die sie 1988 als Treuhänderin mit Eidgenössischem Fachausweis abschloss. Bereits seit 1993 führt sie ihre eigene Treuhandfirma.

Monica Gschwind ist verheiratet mit Max Gschwind. Zusammen haben sie zwei erwachsene Töchter und leben seit 1988 in Hölstein. Dort ist sie in mehreren Vereinen aktiv. Auch über den Gemeindebann hinaus ist die FDP-Landrätin in verschiedensten Vereinen und Organisationen engagiert. So sitzt sie beispielsweise in den Verwaltungsräten des Sport- und Volksbads Gitterli AG in Liestal und der Waldenburgerbahn AG in Waldenburg, ist Stiftungsrätin bei Telebasel und setzt sich stark ein für den Erfolg der FDP, sei es als Vorstandsmitglied der FDP Hölstein, der FDP Bezirk Waldenburg, als Kassierin der FDP-Landratsfraktion oder auch im Leitungsteam der parteieigenen Donatorenvereinigung Club 100. Zu ihren Hobbys gehören Velofahren, Volleyball und Camping.

Im Jahr 2010 rückte Monica Gschwind in den Landrat nach. Dort engagiert sie sich seither unter anderem in der Finanzkommission, der Personalkommission und der Geschäftsprüfungskommission. Sie politisiert klar freisinnig. So tritt sie für einen schlanken Staat, eine effiziente



Monica Gschwind

Verwaltung, moderate Steuern und grosse Eigenverantwortung der Menschen ein. Darüber hinaus lehnt sie übermässige Regulierungen und Normierungen ab. Sie steht ein für starke, unabhängige Sekundarschulstandorte, weniger Bürokratie, eine starke Wirtschaft und gesunde Staatsfinanzen ohne Steuererhöhungen. Überdies fordert sie mehr Autonomie für die Gemeinden, ganz nach dem Motto «Wer zahlt, befiehlt».

Im Interview mit der «Basellandschaftlichen Zeitung» bezeichnete Monica Gschwind ihre politische Position «irgendwo in der FDP-Mitte, vielleicht auch eher leicht rechts». Auf die Frage nach ihrer Wunschrichtung antwortete Gschwind: «Ich sehe mich als Generalistin und könnte mich daher für alle Dossiers begeistern. Ich möchte aber auch betonen, dass es in meinen Augen wichtig ist, dass die Bildungsdirektion in bürgerliche Hand übergeht.»

## Sabine Pegoraro

Sabine Pegoraro ist am 18. März 1958 in Basel geboren. Sie ist dort und zusätzlich in Wädenswil heimatberechtigt. Seit 2003 gehört die FDP-Politikerin der Baselbieter Regierung an. Derzeit ist sie Bau- und Umweltschutzdirektorin, zuvor war sie Vorsteherin der Baselbieter Sicherheitsdirektion (ehemals Justiz-, Polizei- und Militärdirektion).

Ihr Studium der Rechtswissenschaften hat Sabine Pegoraro an der Universität Basel 1982 mit dem Lizentiat abgeschlossen. Fünf Jahre danach hat sie das solothurnische Fürsprecherpatent erworben. 1992 promovierte sie. Von 1987 bis 2003 war Sabine Pegoraro als Anwältin tätig, zuletzt selbstständigerwerbend.

Die politische Karriere startete die amtierende Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektorin 1994 als Bezirksrichterin in Arlesheim, wo sie bis 1997 amtierte. Von 1995 bis 2002 war sie Mitglied der Parteileitung der FDP Baselland, in den letzten zwei Jahren deren Präsidentin. Von 1998 bis zu ihrer Wahl in den Regierungsrat 2003 gehörte sie dem Baselbieter Landrat an. 2005 wurde sie in die erweiterte Parteileitung der FDP Schweiz aufgenommen. Im Jahre 2003 wurde sie in den Regierungsrat gewählt und bei den Wahlen 2007 und 2011 im Amt bestätigt. 2007/2008 präsidierte Sabine Pegoraro zum ersten Mal den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft. Für die Periode 2012/2013 wurde sie mit einem sehr guten Resultat zum zweiten Mal zur Regierungspräsidentin gewählt.

Zu ihren Nebenämtern zählen unter anderem ein Mandat als Verwaltungsrätin des Euroairport Basel Mulhouse Freiburg, die Verwaltungsratsvizepräsiden bei der Kraftwerk Augst AG und der Kraftwerk Birsfelden AG und ihr Verwaltungsratsmandat bei der Hardwasser AG in Pratteln. Zudem ist sie seit Juli 2003 Mitglied der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und seit Juli 2011 Mitglied der Bau-,



Sabine Pegoraro

Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) sowie der Energiedirektorenkonferenz (EnDK).

Wie Sabine Pegoraro am Nominationsparteitag der FDP *Die Liberalen Baselland* am 21. August 2014 in Pratteln überzeugend betonte, hat sie in der Baselbieter Regierung «einige wichtige Projekte angepackt und will diese engagiert zu Ende führen».

Sabine Pegoraro ist verheiratet mit Peter Pegoraro, Mutter eines erwachsenen Sohnes und wohnt in Pfeffingen, wo sie auch Mitglied der FDP-Sektion ist. Als ihre Hobbys bezeichnet sie Tauchen (Stress & Rescue-Diver), Skifahren und früher Tennis und Volleyball.

**Das Interview mit den beiden Regierungsrätinnen lesen Sie auf der nächsten Seite.**

## Interviews

# Sabine Pegoraro und Monica Gschwind

Die FDP tritt mit der Bisherigen Sabine Pegoraro und mit Monica Gschwind zur Regierungsratswahl vom 8. Februar 2015 an.

## Andrea Mäder

Die Baselbieter FDP tritt mit zwei Frauen zur Regierungsratswahl 2015 an. Sabine Pegoraro ist seit 2003 Regierungsrätin und hat in den vergangenen elf Jahren bereits in zwei Direktionen viel bewegt, vor allem im Sicherheits- und Verkehrsbereich. Monica Gschwind ist eine erfahrene Exekutivpolitikerin auf Gemeindeebene und sitzt seit 2010 für die FDP im Landrat. Im Interview erklären die beiden FDP-Frauen ihre Beweggründe für die Kandidatur und ihre Standpunkte.

*Sabine Pegoraro, Sie sind seit 2003 in der Baselbieter Regierung vertreten und wechselten 2011 von der Sicherheits- in die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD). Die Baselbieter Regierung hat schwierige Zeiten hinter und grosse Herausforderungen vor sich. Was hat Sie zu einer erneuten Kandidatur bewogen?*

*Pegoraro:* Ich bin nach wie vor motiviert, Neues anzupacken. Ich habe die BUD vor vier Jahren übernommen und mich eingearbeitet, nun möchte ich diese Arbeit weiterführen und laufende Projekte vorantreiben. Als Amtsälteste im neuen Gremium wäre

## «Es braucht jetzt den Willen, mit Augenmass und gesundem Menschenverstand vorwärts zu gehen.»

Sabine Pegoraro

sicher meine langjährige Erfahrung ein sehr wichtiger Aspekt. Es braucht eine gewisse Kontinuität im Baselbieter Regierungsrat.

*Monica Gschwind, Sie haben eine eigene Treuhandfirma, sind seit 2010 im Landrat und seit 2000 im Gemeinderat von Hölstein. Seit 2012 sind Sie Gemeindepräsidentin von Hölstein. Was reizt Sie am Regierungsrat, und was zeichnet Sie für das Amt aus?*

*Gschwind:* Ich bin seit 14 Jahren mit Leib und Seele Exekutivpolitikerin und übe diese Funktion mit grossem Engagement aus. Das Regierungsrat wäre noch einmal eine Steigerung und eine Herausforderung, die ich gerne annehmen möchte. Ich bin eine Teamplayerin, die es gewohnt ist, Entscheidungen zu treffen, Versammlungen zu leiten und Projekte zu erarbeiten und umzusetzen. Eine Regierungsrätin muss dossiersicher sein, ihre Projekte gut verkaufen können, Visionen entwickeln, auf die Bevölkerung und Andersdenkende zugehen, lobbyieren und repräsentieren können – das alles traue ich mir zu, und es würde mir Freude bereiten.

*Was sind Ihre Werte, wofür stehen Sie?*

*Gschwind:* Ich stehe für liberale Werte und eine liberale Sichtweise der Dinge. Mir sind die Solidarität, der Zusammenhalt und das Gleichgewicht der Regionen im Kanton Basel-Landschaft wichtig.

*Pegoraro:* Mir sind Eigenverantwortung, Freiheit, Respekt und Anstand sehr wichtig. Speziell diese Werte möchte ich wieder vermehrt in die Baselbieter Politik einbringen, weil sie etwas verloren gegangen sind. Die

Bürgerinnen und Bürger sollen in einem Staat leben können, der die Eigenverantwortung fördert und Freiheiten gibt, aber auch einen respektvollen Umgang miteinander vorlebt.

*Weshalb braucht es aus Ihrer Sicht einen vierten bürgerlichen Regierungsratssitz im Kanton Basel-Landschaft?*

*Pegoraro:* Die starke bürgerliche Regierung steht auch für einen bürgerlich-liberalen Kurs. Speziell für die

Herausforderungen, die es jetzt zu bewältigen gilt, braucht es diesen Kurs. Der Kanton muss vorwärts gebracht werden, die Finanzen müssen saniert werden, die Infrastruktur muss ausgebaut werden, in der Bildungspolitik stehen grosse Veränderungen an usw. Es braucht jetzt den Willen, mit Augenmass und gesundem Menschenverstand vorwärts zu gehen. Es gilt, nicht übers Ziel hinauszuschiessen, nicht zu überborden, sondern alles am Machbaren zu messen. Dafür stehen die Bürgerlichen mehr als Links-Grün.

*Gschwind:* Es ist wichtig, verstärkt bürgerliche Sachpolitik in die Exeku-

## «Es ist wichtig, verstärkt bürgerliche Sachpolitik in die Exekutive des Kantons BL einzubringen.»

Monica Gschwind

tive des Kantons Basel-Landschaft einzubringen, und es muss eine weitere Direktion in bürgerlicher Hand sein, damit diese nach bürgerlichen Vorstellungen geführt werden kann.

*Der Kanton Basel-Landschaft steht vor grossen Herausforderungen. In welchen Bereichen sehen Sie den dringendsten Handlungsbedarf? Was sind/wären Ihre Lösungsansätze?*

*Pegoraro:* Da fange ich zuerst bei meiner Direktion an. Wir müssen die Infrastruktur in einem guten Zustand erhalten, aber auch weiterentwickeln – speziell im Verkehrsbereich. Wir haben Stau auf den Strassen und überfüllte Züge und Busse. Es ist in diesen Bereichen dringend Abhilfe zu schaffen. Dies kann nur mit einem Ausbau der Kapazitäten erreicht werden.

Die anderen beiden grossen Handlungsfelder sind die Finanzen und der Gesundheitsbereich. Es braucht einen gesunden Haushalt, um neue Herausforderungen wie bspw. die Unternehmenssteuerreform III zu bewältigen.

*Gschwind:* Neben der Sanierung des Finanzhaushalts besteht meiner

Ansicht nach in der Bildungspolitik der grösste Handlungsbedarf. Bevor das neue Bildungsgesetz aus dem Jahr 2003 fertig umgesetzt ist, wird nun die Situation durch die Einführung von HarmoS zusätzlich erschwert. Die Direktion, die Kommission und die Lehrpersonen sind sich über die Umsetzung nicht einig und ziehen nicht mehr am gleichen Strick. Die Gesprächskultur hat stark gelitten. Hier muss ein Marschhalt erfolgen. Der Termin für die Einführung des umstrittenen Lehrplans 21 muss genau durchdacht werden. Für die Sonderschulung muss ein Konzept vorgelegt

werden, das politisch mehrheitsfähig ist und auch von den Lehrkräften unterstützt wird. Das Fremdsprachenkonzept und das Sonderschulkonkordat müssen kontinuierlich auf deren Wirksamkeit hinterfragt werden. Erfolgreiche Reformen müssen schnell abgebrochen werden können. Zudem muss die Kostenexplosion im Bildungsbereich ohne Qualitätsverlust gestoppt werden.

Ausserdem muss die Sozialgesetzgebung permanent überprüft werden, damit Schlupflöcher schnell geschlossen werden können und Missbrauch eingedämmt werden kann.

*Sabine Pegoraro, Sie haben im vergangenen Juni die Vernehmlassungsvorlage zur Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes veröffentlicht. Was sind die Kernpunkte der Vorlage?*

*Pegoraro:* Wir setzen auf mehr Energieeffizienz, Einsparung von Energie und Förderung von erneuerbaren Energien. Das Kernelement bil-

Fortsetzung auf Seite 8

# Und dann noch dies ...

## «Nach der Tat hält der Schweizer Rat» ...

Dieser auf vielen schmerzlichen, aber auch peinlichen Erfahrungen beruhenden Volksweisheit sollten jetzt insbesondere die Verlierer der Fusionsabstimmung in Stadt und Land nachleben und sich im stillen Kämmerlein (statt vor laufender Kamera) fragen, warum dieser Urnengang so und nicht anders herausgekommen ist. Vielleicht, weil das ganze Geschäft in einem Punkt von allem Anfang an völlig falsch aufgegleist worden ist. Denn was viele Stimmbürger die ganze Zeit über vermissten, war eine klare Aussage darüber, was denn eigentlich wann, wie, wo und warum geändert werden sollte. Und zwar konkret und nicht nur in der Verfassung. Eine Antwort auf diese zentralen Fragen hätte dann allerdings auch die viel zitierte und von den Initianten immer wieder lautstark verlangte Simulation nur liefern können, wenn die Baselbieter Regierung (oder noch besser: beide Regierungen) diese nicht nur bezahlt hätte(n). Vielmehr wäre es unerlässlich gewesen, eine solche Simulation mit dem wichtigsten, aber von

den Initianten nicht einmal angedachten Element zu ergänzen: mit den Zielen und Massnahmen zur Gestaltung des neuen Kantons nämlich. Womit sogar die eigentlich den Initianten obliegende, besonders anspruchsvolle Arbeit von den Regierungen übernommen worden wäre. Wenn aber der Baselbieter gar nicht weiss, wohin die Reise wirklich gehen soll, sagt er eben nicht einmal mehr «Mir wei luege», sondern schlicht «Nein».

## Besserwisser vom Dienst ...

Urs Müller, Grossrat BASTA, weiss es einmal mehr wieder besser. Er unterstützte das Referendum gegen die Verkehrsverbindung zwischen den Bahnhöfen SBB und dem Badischen Bahnhof, das sogenannte Herzstück, schon deshalb, weil es vor allem den Baselbietern diene ... Eine Aussage, die sein Co-Präsident des Referendumskomitees, André Auderset, Grossrat LDP, auf Telebasel sofort als persönliche, von ihm nicht geteilte Meinung Müllers bezeichnet hat. Einige von uns erinnern sich in diesem Zusammenhang vielleicht zudem daran, dass Urs Müller des Öfteren Behauptungen und

Kommentare herumposaunt, die schlicht nicht nachvollziehbar sind. Als etwa seinerzeit Novartis ankündigte, mit dem Campus-Projekt bis zu 10000 (schreibe zehntausend) neue Arbeitsplätze in Basel schaffen zu wollen, lautete dem Vernehmen nach sein erster gehässiger Kommentar: «Ja, und was kostet das die Stadt?» «Si tacuisses ...» (für Nichtlateiner: «Oh, wenn Du geschwiegen hättest...») pflegen die Lateiner, höflich, wie sie nun einmal sind, in solchen Fällen zu sagen ...

## Es war nicht ganz so ...

In verschiedenen Medien (BaZ, Arlesheimreloaded) konnte man nach der Fusionsabstimmung lesen, die Stadt habe vor der Abstimmung bei grösseren Geschäften stets die Fusion im Hinterkopf gehabt. Dass diese Aussage in den Bereich der Legenden gehört, die üblicherweise vor allem von den «zweiten Siegern» nach einer Abstimmungsniederlage verbreitet werden, liegt auf der Hand. Zur Erinnerung: Das fusionspolitisch wichtigste, kritischste und teuerste Geschäft der Stadt in der letzten Zeit war zweifels-

ohne die (erneute) Sanierung der städtischen Pensionskasse. Und da hatte die Regierung dem Grossen Rat eine Lösung vorgeschlagen, die mit der damals bereits beschlossenen Sanierung der Baselbieter Pensionskasse absolut nicht kompatibel war (u. a. Beibehaltung des Leistungsprimats, Ausfinanzierung bloss zu 80 Prozent) und zudem quer zur Stossrichtung der entsprechenden Bundesgesetzgebung lag. Zwar hatte daraufhin der Grosse Rat mit der Umstellung auf das Beitragsprimat zumindest eine Differenz gegenüber dem Baselbiet ausgeräumt, aber vor allem die unvollständige Ausfinanzierung blieb erhalten. Wie diese verbleibenden Differenzen im Rahmen einer Fusion (auch der Pensionskassen, was ja wohl zwingend gewesen wäre) sozial-, personal- und finanzpolitisch verträglich hätten bereinigt werden können und sollen, wissen die Götter. Klar scheint nur, dass die Stadt bei diesem sehr wichtigen Geschäft ganz sicher nicht die Fusion im Hinterkopf hatte!

Der Autor gibt seine eigene Meinung wieder, diese muss sich nicht mit jener der Partei decken.

## Fortsetzung von Seite 7

det die Gebäudesanierung, dort gibt es am meisten Potenzial in Sachen Energieeffizienz. Wir möchten eine kantonale Energieabgabe zur Verdreifachung der Fördermittel beim bestehenden Baselbieter Energiepaket für Energieeffizienz am Bau einführen. Durch die Verdreifachung der Fördermittel sollen auch die ausgelösten Investitionen verdreifacht werden.

*Ihr Vorschlag zur Einführung einer Energiesteuer ist eher ungewöhnlich für eine FDP-Vertreterin. Sind solche Steuern im Sinne der bürgerlichen Finanzpolitik?*

*Pegoraro:* Die Mittel kommen eins zu eins den Liegenschaftseigentümern und den KMU zugute – beides sind Zielgruppen der FDP. Die Mittel werden zweckgebunden für Gebäudesanierungen eingesetzt, und die Sanierungen generieren Aufträge fürs Gewerbe. Es handelt sich um eine zweckgebundene und befristete Abgabe, und somit ist sie mit bürgerlich-liberalen Werten zu vereinbaren.

*Monica Gschwind, Sie sind eine dezidierte Gegnerin von Steuererhöhungen, wie stehen Sie zum Vorschlag?*

*Gschwind:* Das ist richtig. Der Richtungswechsel in der Energiepolitik ist jedoch politisch gewollt. Damit die Energiewende erreicht werden kann, braucht es entsprechende Massnahmen wie zum Beispiel die Einsparungen durch Gebäudesanierungen. Dafür sind Mittel nötig, die der Kanton nicht einfach so beisteuern kann. Da es sich um eine benutzergerechte

Gebühr handelt und das Geld nicht anders zu beschaffen ist, muss ich wohl damit leben.

*Monica Gschwind, welches wäre Ihre bevorzugte Direktion und warum?*

*Gschwind:* Aufgrund meiner langjährigen Exekutiverfahrung auf Gemeindeebene und meinem Wissen aus den landrätlichen Kommissionen kann ich mich als Generalistin bezeichnen. Ich kenne die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden sehr genau. In der GPK des Landrats habe ich mich intensiv mit der Spital- und Pflegefinanzierung auseinandergesetzt, als Mitglied der Finanzkommission kenne ich alle finanzpolitisch relevanten Geschäfte gut. Als Ersatzmitglied in der Bildungskommission habe ich die Arbeiten im Zusammen-

hang mit HarmoS mitverfolgt. Ich könnte mich also in jeder Direktion schnell einarbeiten und müsste nirgends bei null anfangen.

*Sabine Pegoraro, worauf würden Sie als Vorsteherin der Bau- und Umweltschutzdirektion in den kommenden vier Jahren den Fokus legen? Welche Projekte möchten Sie vorantreiben?*

*Pegoraro:* Zuerst auf meiner Prioritätenliste steht einerseits ein wirkungsorientierter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zur Bekämpfung von Stau und überlastetem ÖV. Sodann wollen wir die neue Energiestrategie umsetzen, indem wir einerseits die erneuerbaren Energien fördern und andererseits unsere Gebäude energetisch sinnvoll bauen und sanieren.